

Politik

Manifest: Rolf Mützenich sorgt sich um die Zukunft der SPD so sehr wie um den Frieden

Er hat das Manifest der SPD-Friedenskreise gar nicht mitverfasst, nur unterschrieben: Was Rolf Mützenich dazu bewog und was Gregor Gysi und Sahra Wagenknecht ihm und den anderen sozialdemokratischen Friedenspolitikern jetzt vorschlagen

Von **Wolfgang Michal**

19.06.2025

Rolf Mützenich wirkt frustriert. Mehrere Tage Shitstorm machen müde. In den traditionellen Medien ebenso wie in sozialen Netzwerken gebärdeten sich sogenannte „Experten“, als müssten sie die Unterzeichner des SPD-Friedensmanifests durch verbale Tiefschläge zum Schweigen bringen. Völlig enthemmt prügeln sie auf die „unbelehrbaren Friedensapostel“ ein. Ihre Angriffe garnierten sie mit unvorteilhaften Konterfeis von Ralf Stegner und Rolf Mützenich, montierten Putin, Orbán und Wagenknecht dazu – fertig war die Feindmarkierung. Fehlte nur noch die Zielscheibe.

Lars Klingbeil ließ Rolf Mützenich im Regen stehen

Dabei hat Mützenich das Manifest gar nicht mitverfasst. Er würde, sagt er, manchen Satz anders formulieren. Er habe aber unterzeichnet, weil ihn Norbert Walter-Borjans darum gebeten habe. Der Ex-Parteivorsitzende war einer der wenigen, die ihm beistanden, als er im März 2024 im Bundestag die Idee des „Einfrierens“ des Ukrainekrieges in die Debatte brachte. Der jetzige Parteivorsitzende Lars Klingbeil hat ihn damals im Regen stehen lassen.

Das Manifest entstammt dem Eppler-Kreis. Das ist ein loses Beratungsgremium innerhalb der SPD, das sich mit friedenspolitischen Fragen befasst. Der 92-jährige Erhard Eppler, einst Gegenspieler von Bundeskanzler Helmut Schmidt im Streit um den NATO-Doppelbeschluss von 1979, hatte den Kreis noch kurz vor seinem Tod im Januar 2019 gegründet, als friedenspolitisches Vermächtnis. Vorsitzender war bis Mai 2025 Ernst Ulrich von Weizsäcker (85), einst Co-Präsident des Club of Rome. Seither gibt es eine Doppelspitze, bestehend aus dem einstigen Staatssekretär im Auswärtigen Amt Gernot Erler und dem derzeit prominentesten Vertreter der Parteilinken, Ralf Stegner. Als Stegner Mützenich fragte, ob er das Ehrenamt übernehmen solle, habe ihm Mützenich zugeraten: „Es wäre doch schade, wenn der Kreis einschlafen würde. Wir sind ja fast die Jüngsten dort.“

Friedensaktivisten dienten nur dem Interesse Russlands – der Vorwurf gestern wie heute

Auch den Willy-Brandt-Kreis, der am Manifest mitarbeitete, plagt Überalterung. Auf der Website des Vereins stehen fast mehr Nachrufe als Stellungnahmen zu politischen Themen. Zuletzt trauerte der Kreis um Friedrich Schorlemmer, Oskar Neot und Antie Vollmer. Vorsitzende ist die 82-jährige Heidemarie Wiczorek-

Nege und Inge Vöhrler. Vorsitzende ist die 62-jährige Friedensaktivistin Friederike Zeul, die vor 50 Jahren als „Rote Heidi“ Juso-Chefin war.

Die beiden Friedenskreise werden getragen von der „Generation Hofgarten“, jenen Aktivisten, die Anfang der 1980er Jahre im Bonner Hofgarten und anderswo gegen das atomare Wettrüsten demonstrierten. Es waren friedensbewegte Zeiten! Am 10. Oktober 1981 versammelten sich 300.000 Menschen in der damaligen Bundeshauptstadt. Neben Eppler sprachen Petra Kelly, Heinrich Böll, Heinrich Albertz, Robert Jungk und Coretta Scott King, die Witwe Martin Luther Kings. Am 10. Juni 1982 protestierten schon 500.000 Menschen auf den Bonner Rheinwiesen und riefen: „Aufstehn! Für den Frieden!“ Und am 22. Oktober 1983 gingen bundesweit 1,5 Millionen Menschen auf die Straße.

Für die SPD – sie war nun wieder in der Opposition – stellte der SPD-Vorsitzende Willy Brandt klar: „Mächtige Leute haben sich in den Kopf gesetzt, das Aufstellen von Pershing-II-Raketen sei wichtiger als das Wegbringen von SS-20-Raketen, dazu müssen wir Nein sagen.“ Kanzler Helmut Kohl (CDU) polemisierte ganz im Stil heutiger Manifest-Hasser: Die Friedens-Demonstranten „dienen nur dem Interesse Moskaus“.

SPD-Parteitag 1983: Der Aufstand der „Generation Hofgarten“ gegen Helmut Schmidt

Vier Wochen später kam es beim Kölner SPD-Parteitag zum Aufstand gegen Helmut Schmidt. Bis auf wenige Delegierte um Ex-Verteidigungsminister Hans Apel gingen die Genossen dem „Eisernen Kanzler“ von der Fahne und votierten gegen die geplante Aufrüstung. Der Kölner Mützenich hat das als 23-Jähriger hautnah miterlebt, vom Bekenntnis seiner „Friedenspartei“ zehrt er noch heute. Was ihm Sorgen bereitet, ist der aktuelle Zustand der SPD. Mehr als jedes Diskreditieren der Manifest-Unterzeichner fürchte er eine sich ausbreitende Lethargie. Er erkenne das an Genossen, die ihm sagen: „Ich bin jetzt schon so lange in der Partei, jetzt habe ich nicht mal mehr Lust, auszutreten, aber für mich war's das.“

Was der stets zurückhaltende Mützenich damit verschweigt: Auch ihn fasst die Resignation an. Nein, das Manifest solle nicht die Grundlage bilden für einen Initiativ-Antrag beim SPD-Parteitag Ende Juni, es sei nur ein Diskussionsvorschlag. Wie Mützenich fühlen sich viele Unterzeichner nach den diffamierenden Angriffen auf ihre Person in der Defensive, denn ihr Anliegen droht hinter den Vorwürfen „Russland Manifest“ – „und Putin-Versteher“ zu verschwinden. Die

vorwärtigen „Russland-Manifest“ und „Putin-versteher“ zu verschwinden. Die „Generation Hofgarten“ ist zu anständig, um hart zurückzuschlagen. Das entspricht nicht ihrem Politikverständnis, sie wollen sachlich bleiben.

225 Milliarden Euro für das Militär und zulasten der Sozialpolitik

Arno Gottschalk, einer der Mitverfasser des Manifests, Bürgerschaftsabgeordneter aus Bremen und versierter Kenner der Rüstungsmaterie, weiß, dass die Wiedergewinnung des Markenkerns „Friedenspartei“ für die SPD alles andere als leicht wird. Über die Jahre ist viel verloren gegangen, es wurde zu lange geschwiegen. Das Manifest ist nur ein Anfang. Gottschalk geht es um eine „vertiefende Diskussion“, um „die grundsätzliche Weichenstellung“.

Denn der NATO-Beschluss, künftig jedes Jahr fünf Prozent des Bruttoinlandsprodukts in die Rüstung zu stecken, verändere Europas Gesellschaften fundamental. Müsste Deutschland statt 53 Milliarden – wie in diesem Jahr – 225 Milliarden Euro für militärische Zwecke ausgeben, wäre nicht nur das Etikett „Friedenspartei“ passé, auch der zweite Identitätskern, Partei der sozialen Gerechtigkeit zu sein, wäre dann hinfällig. Eine dauerhafte Umschichtung so gewaltiger Summen gehe letztlich immer zulasten der Sozialpolitik, sagt Gottschalk. Die SPD würde, wie Hamburgs Altbürgermeister Klaus von Dohnanyi es ausdrückt, ihre Wurzeln kapfen. Insofern ist das Manifest auch ein SPD-Selbstverteidigungspapier, was den Gegnern durchaus bewusst ist, sonst würden sie nicht derart ablehnend reagieren.

US-Mittelstreckenraketen: Deutschland als Zielscheibe

Für Gottschalk bedeutet das: dicke Bretter bohren, insbesondere jene, die sich vor den Köpfen der Rüstungsfanatiker befinden. Leider sei die Debatte derzeit extrem „unterkomplex“, die Älteren könnten sich noch erinnern, „in welcher Qualität früher friedens- und sicherheitspolitische Themen diskutiert wurden“. Es gehe den Unterzeichnern des Manifests nämlich nicht, wie oft suggeriert werde, um „Putin ja oder nein“, es gehe ihnen um die sicherheitspolitische Ausrichtung Deutschlands und Europas insgesamt.

Vor dem Hintergrund der von Russland und den USA aufgekündigten Rüstungskontrollverträge INF (Verschrottung der nuklearen Kurz- und Mittelstreckenraketen) und ABM (Reduzierung und gegenseitige Kontrolle der Raketenabwehr) sei

die vorgesehene Stationierung von landgestützten US-Mittelstreckenraketen auf deutschem Boden nichts anderes als eine Einladung, Deutschland im Fall eines Krieges zur bevorzugten Zielscheibe zu machen. Verbunden mit den bereits installierten Raketenabwehrschilden in Rumänien und Polen werde Russland zu entsprechenden Gegenmaßnahmen verleitet, was – aufgrund der sich steigernden paranoiden Ängste voreinander – zu einem präventiven Erstschatz führen könne.

Gregor Gysi schlägt eine gemeinsame Friedenskonferenz vor, Sahra Wagenknecht eine Kundgebung

Eine Situation, die vergleichbar ist mit den Argumenten der Friedensbewegung der 1980er Jahre. Nur gab es damals einen „regelbasierten“ Ost-West-Dialog zwischen den Supermächten, während sich im heutigen Chaos jede Großmacht von Schurkenstaaten umgeben wähnt. Die SPD täte daher gut daran, die sicherheitspolitische Debatte in ihrer ganzen Breite aufzufächern und nicht militaristisch auf Waffenlieferungen zu verengen. Dazu gehöre – genau 50 Jahre nach der KSZE-Schlusskonferenz von Helsinki – der Streit um den Satz, ob gemeinsame Sicherheit nur gegen Russland möglich sei oder ob Russland – nach dem Ende des Krieges in der Ukraine – in die gemeinsame Sicherheit eingebunden werden müsse.

Würde die Debatte weniger Ukraine-fixiert geführt und mehr auf deutsche Interessen ausgerichtet, könnte das Manifest der SPD-Hofgartengeneration eine ähnliche Mobilisierung anstoßen wie in den 1980er Jahren. Gregor Gysi hat für die Linke den Ball bereits aufgenommen und schlägt eine gemeinsame Friedens- und Sicherheitskonferenz in Berlin vor, die BSW-Vorsitzende Sahra Wagenknecht, die im Februar 2023 gemeinsam mit Alice Schwarzer ein Friedensmanifest veröffentlichte und dafür fast eine Million Unterschriften sammelte, plädiert gar für eine gemeinsame Kundgebung. Rasche Erfolge werden sich nicht einstellen, das SPD-Manifest hat eine Woche nach Veröffentlichung erst rund 13.000 Mitunterzeichner. Ein Anfang aber ist gemacht.